

Referenzen und Initialen

i.A.22.14.7.3. - BIC/sm

Adresse (für Telex an Dritte)


Chiffriert

 

Ja Nein

Priorität

  

Norm. Dring. Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Info et Presse
----------------

Seite-Nr.

1
---

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
wochentx					

\*\*\*

Wochentelex 51/84 V e r t r a u l i c h

GVU - Intervention grecque:

Ambassadeur de Grèce est venu faire démarche à propos scénario de défense globale publié par Wochenzeitung. Lui avons répondu en faisant valoir les 4 points suivants qui peuvent être utilisés comme Sprachregelung:

- a) Le Gouvernement suisse n'est responsable en rien de la mise en place du scénario.
- b) Au cours de ces 40 dernières années de très nombreux exercices de ce genre ont été organisés et des scénarios ont mis en cause les pays étrangers qui ont toujours été à la base de l'exercice.
- c) Une enquête a été ouverte quant à l'origine des fuites et les responsables seront punis.
- d) Les données de l'exercice ne correspondent en rien à l'analyse de la situation faite par notre Ministère des affaires étrangères.

UNO-Debatte des Staenderates vom 12./13. Dezember 1984 (Sprachregelung): Wir bitten Sie, in Ihren Kontakten den Entscheid des Staenderates in folgendem Sinne zu kommentieren:

Die lange Dauer der Meinungsbildung haengt mit den Eigenheiten der direkten Demokratie zusammen. Die Schweiz ist das einzige Land, das den UNO-Beitritt dem Volk zur Abstimmung zu unterbreiten hat. Dies

Letzte  
Zeile

84 150 000 2-1665

Datum: 17.12.84  
Tel. intern 30 53

Visum:

Dodis



Referenzen und Initialen


Adresse (für Telex an Dritte)


Chiffriert

Ja

Nein

Priorität

Norm.

Dring.

Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Seite-Nr.

2

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

erkläert die Schwierigkeiten des Entscheidungsprozesses.

Das Referendum wird nicht ueber eine neue Aussenpolitik entscheiden, sondern lediglich ueber den Beitritt zu einem internationalen Vertragswerk. Seit langer Zeit verfolgt die Schweiz eine Politik der konstruktiven Zusammenarbeit mit der UNO (Sitzabkommen mit UNO und UNO-Spezialorganisationen, Fazilitaeten fuer internationale Konferenzen, Beitraege an UNO-Organisationen, wie beispielsweise UNICEF, UNDP, sowie an friedenserhaltende Aktionen in Zypern und im Mittleren Osten). Sie wird diese Politik weiterfuehren, wie auch immer die Abstimmung ausgeht.

Dieser Ausgang ist zurzeit ungewiss, doch ist ein positiver Entscheid in den Augen prominenter politischer Persoenlichkeiten durchaus nicht unmoeglich.

Die Abstimmungskampagne duerfte vor allem in der entscheidenden Schlussphase ziemlich heftig ausfallen, handelt es sich doch um den wichtigsten aussenpolitischen Volksentscheid seit langem und um eine sehr umstrittene Vorlage. Wir werden uns anstrengen, eine moeglichst umfassende und objektive Informationspolitik zu betreiben und zu foerdern. In den naechsten Monaten duerfte ein schweizerisches Ationskomitee fuer den UNO-Beitritt entstehen, an dessen Spitze bekannte Politiker stehen sollen.

(Kurzprotokoll der Staenderatsdebatte im Teil II).

Letzte  
Zeile

84 150 000 24665

Datum: \_\_\_\_\_

Tel. intern \_\_\_\_\_

Visum:

Referenzen und Initialen


Adresse (für Telex an Dritte)


Chiffriert

 

Ja Nein

Priorität

  

Norm. Dring. Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Seite-Nr.

3

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

Vize-MAE Nordkoreas in Bern: Staatssekretär Brunner empfängt heute Kim Tchoung Il, Vize-Aussenminister der Demokratischen Volksrepublik Korea, zu einem Höflichkeitsbesuch:

Unser Land unterhält seit zehn Jahren diplomatische Beziehungen mit der DVK. Sie wurden am 17.12.1974 aufgenommen. Zu diesem Anlass weilte Vize-Aussenminister Li Sang Hi in der Schweiz. Seitdem hatte keine Persönlichkeit der DVK im Minister- oder Vize-ministerrang die Schweiz besucht. Kim Tchoung Il befindet sich auf einer Europa-Tournee, die durch Finnland, Schweden, die Schweiz und schliesslich nach Oesterreich führt.

Die Schweiz gehört zusammen mit den fünf skandinavischen Staaten, Oesterreich und Portugal zu den einzigen europäischen Staaten, die sowohl mit Pyonyang als auch mit Seoul diplomatische Beziehungen unterhalten.

Jugoslawische Interessenvertretung in Marokko:

Jugoslawien hat kürzlich die Regierung der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (RASD) anerkannt und mit ihr diplomatische Beziehungen aufgenommen. Marokko hat deshalb seine diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien abgebrochen.

Auf Anfrage Jugoslawiens hat sich der Bundesrat bereit erklärt, unter Vorbehalt der marokkanischen Zustimmung die jugoslawischen Interessen in Marokko wahrzunehmen. Diese Zustimmung ist am 13. Dezember eingetroffen. Unser Land betreut demzufolge zur Zeit 18 Schutzmandate. Muheim.

NNNN

Datum: \_\_\_\_\_  
 Tel. intern \_\_\_\_\_

Visum:

Letzte Zeile

Teil II

UNO-Debatte des Ständerates vom 12./13. Dezember 1984 (Kurzprotokoll):

Die Befürworter und an ihrer Spitze Kommissionspräsident Franz Muheim (CVP, UR), in seinem umfassenden, sehr substantiellen und brillanten Einführungreferat, wiesen vorerst auf die tatsächliche wechselseitige Abhängigkeit der Staaten und die Notwendigkeit eines universellen diplomatischen Gesprächs- und Verhandlungsforums hin. Dieses Forum, die UNO, sei kein Weltstaat und deshalb in seiner Wirksamkeit beschränkt. Andererseits bestehe deshalb für die Mitgliedstaaten auch keine Gefahr der Souveränitätseinbusse oder des Verlusts an Eigenständigkeit und Eigenart. Die UNO sei heute ein Instrument der aussenpolitischen Interessenverfechtung.

Die Schweiz, die keine Insel in den internationalen Beziehungen darstelle, sondern im Gegenteil ganz besonders vom Ausland abhängig sei, täte gut daran, dieses Instrument zur Verteidigung ihrer Interessen auch einzusetzen. Zudem erhalte unser Land als Vollmitglied vermehrt die Gelegenheit, sich selbst, seine Eigenart (Neutralität) und seine Ansprüche besser und authentischer darzustellen.

Die Schweiz habe der UNO und ihren Mitgliedstaaten auch etwas zu bringen: Gerade ihre Neutralität befähige sie in besonderem Masse gute Dienste zu leisten und zu vermitteln. Diese friedenserhaltenden Aktionen würden aber heute weitgehend von der UNO oder ihren Mitgliedstaaten wahrgenommen.

Zwar bestritten die Befürworter weder Fehler noch Mängel der Weltorganisation, doch hoben sie hervor, damit spiegle die UNO nur die Weltwirklichkeit. Zum minimalen Ordnungsrahmen, den die Vereinten Nationen darstellten, gäbe es heute keine vernünftige Alternative.

Die Wirksamkeit der Organisation sei trotz aller berechtigter Kritik auch nicht zu unterschätzen. An positiven Leistungen wurden etwa genannt: Beitrag zur Friedenssicherung, wirtschaftlich-soziale Hilfe an die Dritte Welt (2/3 des Budgets), Weiterentwicklung des Völkerrechts usw.

Die Befürworter wiesen auch darauf hin, dass sich der Beobachterstatus zusehends verschlechtert habe. Dadurch könne die Schweiz ihre Interessen immer weniger wahrnehmen. Oft müssten Vertragswerke übernommen werden, an deren Ausarbeitung wir nicht beteiligt waren. Auch als Vollmitglied der UNO sei die Neutralität der Schweiz in keiner Weise tangiert, dies vor allem deshalb, weil sich die UNO von einer Siegerkoalition zu einem weltumspannenden diplomatischen Gesprächsforum gewandelt habe.

Bessere Wahrnehmung der Interessen und Mitverantwortung für die Gestaltung der internationalen Beziehungen waren also zusammengefasst die Hauptargumente für einen UNO-Beitritt. Daneben wurde mehrmals hervorgehoben, dass nach einem vierzigjährigen Meinungsbildungsprozess dem Stimmvolk nun endlich Gelegenheit zum Entscheiden gegeben werden müsse.

Die Gegner befürchteten dagegen eine Einschränkung der Neutralität und der politischen Eigenständigkeit. In dieser Weise argumentierte etwa der Sprecher der Kommissionsminderheit, Ständerat M. Affolter (FDP, SO), der dem Bundesrat auch vorwarf, am Volk vorbeizupolitisieren. Die Schweiz sei ein Sonderfall und könne dies nur ausserhalb der UNO bleiben. Dies erlaube es ihr auch, der Völkergemeinschaft mehr zu nützen, denn als 160. Mitgliedstaat, insbesondere durch das Leisten guter Dienste. Auch gäbe es Alternativen zu einer UNO-Vollmitgliedschaft, ohne dass sich die Schweiz ins Schneckenhaus zurückzöge, so z.B. vermehrtes Engagement in Europa, Ausbau der Entwicklungshilfe, Verstärkung des diplomatischen Vertretungsnetzes, oder vermehrte Reisediplomatie.

Von den aussenpolitischen Stellungnahmen wurden negative Rückwirkungen auf den innerstaatlichen Frieden der Schweiz befürchtet, und schliesslich wurde auch die UNO wegen mangelnder Effizienz, schlechter Verwaltung und politischer Einseitigkeit kritisiert.

Zusatzabkommen zum schweizerisch-französischen DBA: Nachdem bereits die Wirtschaftskommission des Nationalrates am 21. August Nicht-Eintreten auf die Vorlage betreffend das Zusatzabkommen zum schweizerisch-französischen DBA beschlossen hatte, ist ihr nun der Nationalrat am 13.12.84 mit 76 zu 70 Stimmen gefolgt. Das parallel zum Zusatzabkommen abgeschlossene Grenzgängerabkommen, welches den Grenzkantonen eine Rückerstattung von jährlich 30 - 40 Mio gebracht hätte, vermochte die Ueberzeugung der Mehrheit des Rates nicht aufzuwiegen, wonach namentlich die Bestimmungen über die Besteuerung von Kapitalgewinnen, die Steuer auf französischen Liegenschaften, die schweizerischen Gesellschaften gehören, sowie das Frankreich unter gewissen Bedingungen gewährte Besteuerungsrecht natürlicher Personen Schweizer Interessen zu wenig Rechnung trage. Die Ablehnung des sowohl vom Bundesrat als auch von den betroffenen Kantonen befürworteten Bundesbeschlusses dürfte jedoch weitgehend als ein Ausdruck des Missmutes gegenüber den Praktiken der französischen Zollorgane zu interpretieren sein. Wie Sie wissen, haben die schweizerischen Behörden es immer vermieden, den Abschluss des Zusatzabkommens, das sie als ausgewogen erachten, mit der Frage der Zollschikanen zu verknüpfen. Sie hatten jedoch französischen Behörden gegenüber darauf hingewiesen, dass Teil der schweizerischen Oeffentlichkeit und des Parlamentes in dieser Weise reagieren könnten. - Die Vorlage wird nun dem Ständerat zur Behandlung überwiesen; über die weitere Entwicklung werden wir an dieser Stelle zu einem späteren Zeitpunkt orientieren.

Besuch von Staatssekretär C. Sommaruga (So) in Rom vom 13. u. 14. Dezember 1984: Besondere Bedeutung kam Besuch zu diesem Zeitpunkt dadurch zu, dass Italien im ersten Halbjahr 1985 EG-Präsidentschaft innehat. So führte Gespräche mit Aussenhandelsminister Capria, dem parlamentarischen Unterstaatssekretär im Aussenministerium, Fioret, und einer von R. Ruggiero (R), Generaldirektor für Wirtschaftsangelegenheiten im Aussenministerium, angeführten Delegation.

1. Gegenüber Capria brachte So in erster Linie schweizerische handelspolitische Anliegen vor. Capria betonte italienische Bereitschaft, diese Begehren unter italienischer EG-Präsidentschaft zu berücksichtigen. Er gab auch italienische Absicht bekannt, GATT-Arbeiten neue Impulse zu verleihen.

Mit Fioret führte So eine vertiefte Diskussion über die Ministerkonferenz von Luxemburg und die daraus resultierenden, teilweise bereits eingeleiteten Arbeiten. Fioret erklärte, Vertiefung der Zusammenarbeit innerhalb der europäischen Freihandelszone stelle eine Priorität der italienischen Präsidentschaft dar. Die Aussichten auf eine Stärkung des europäischen Währungssystems bildeten ein anderes wichtiges Gesprächsthema.

2. In Gesprächen mit Ruggiero stand Weiterentwicklung der Zusammenarbeit innerhalb des europäischen Freihandelssystems im Mittelpunkt.

a) Follow-up Luxemburg: So legte R das schweizerische Konzept einer vertieften Zusammenarbeit innerhalb des Systems dar, unterstreichend, dass im Anschluss an Luxemburg bereits eingeleitete (Abbau der technischen Handelshemmnisse, Erleichterung der Grenzformalitäten) und noch einzuleitende Aktionen zielstrebig weiterzuverfolgen sind. R teilte So's Ansicht über politische Bedeutung Erklärung von Luxemburg und erklärte, Italien habe Vertiefung Zusammenarbeit EFTA-Länder/EG als Priorität für Präsidentschaft im 1. Semester 1985 bestimmt. R machte deutlichen Unterschied zwischen europäischer Konstruktion und Gemeinschaft, die davon nur ein Teil sei. Anhand mehrerer praktischer Beispiele wies R nach, dass es bereits europäische Zusammenarbeit variabler Geometrie gibt und diese ohne Zweifel Fortsetzung finden wird. Gebiete, wo diese im Interesse aller noch weiter ausgebaut werden sollte, sind nach R Industrie-, Wissenschafts- und Weltraumfragen. R schlug Durchführung regelmässiger

schweizerisch-italienischer Gespräche zwischen Industrieministerien vor (in Anlaufphase hohe Beamten, später evtl. Minister), wo gemeinsam Möglichkeiten Zusammenarbeit erörtert werden sollen. So stimmte Vorschlag grundsätzlich zu.

- b) Erweiterung: So erinnerte R daran, dass in Uebergangsprotokollen für Portugal und Spanien der Nichtdiskriminierungsgrundsatz zwischen vom FHA abgedeckten Waren aus EFTA-Ländern und EG rigoros zu respektieren sei und äusserte schweizerischen Wunsch nach raschen exploratorischen Gesprächen mit EG-Kommission. Erwähnte ebenfalls Notwendigkeit spezifischer Schutzklausel für Textilien in Anbetracht Selbstbeschränkungsvereinbarungen zwischen Beitrittskandidaten, EG und gewissen anderen EFTA-Ländern.

R entgegnete, italienische Präsidentschaft verwende sich für Beachtung Nichtdiskriminierungsgrundsatz und werde zuständige Kommissionsstelle auf Wünschbarkeit baldiger exploratorischer Gespräche aufmerksam machen. Für Schutzklausel zeigte er angesichts gesamteuropäischer Situation Verständnis. R vertrat Ansicht, Beitrittsverhandlungen könnten und müssten bis März abgeschlossen sein. Griechischer Vorbehalt bringe allerdings Element Unsicherheit. R schien dessen Tragweite aber nicht zu überschätzen. EG, auf diese dritte Erweiterung gar nicht vorbereitet, auferlege Portugal und Spanien für Uebergangszeit harte Bedingungen. Weil Madrid aus innenpolitischen Gründen Verhandlungen bald abschliessen müsse, werde es diese aber wohl annehmen. Einmal in der Gemeinschaft erweise sich Spanien dann sicher nicht als einfacherer Partner als Grossbritannien.

- c) Vertiefung bilateraler Beziehungen: So legte schweizerische Anliegen dar bezüglich Abkommen Direktversicherung ohne Leben, Rahmenabkommen wissenschaftliche und technische Forschung, öffentliches Einkaufswesen, mengenmässige Ausfuhrbeschränkungen und Schiedsklausel. Unterstrich besondere Rolle italienischer Präsidentschaft, da Behandlung des Versicherungsabkommens und des Vorschlags für Verhandlungsmandat Rahmenabkommen im Rat Anfang 1985 bevorsteht. R, ohne im einzelnen auf Fragen einzugehen, bestätigte, italienische Präsidentschaft werde sich für Fortschritte auf allen diesen Gebieten einsetzen. Sie werde im übrigen Anfang Januar verschiedene Ratsgruppen zusammenschicken, um notwendige Massnahmen zu treffen, damit in Richtung Zielvorgaben von Luxemburg gearbeitet wird.

3. Gespräche So-R über bilaterale Fragen: Das CH Gesuch um Bewilligung eines Instrumental-Landeverfahrens für Flughafen Lugano-Ango wurde in Anwesenheit aller betroffenen italienischen Amtsstellen ausgiebig behandelt. BAZL Direktor Künzi brachte Lösungsvorschläge ein, die italienischerseits geprüft werden sollen. Neues Treffen diesbezüglich ist vorgesehen im Februar 1985. Fortschritte bei den Erleichterungen bei Grenzübertritten an Tessiner/italienischer Grenze wurden festgestellt. Momentum muss aufrechterhalten werden.

Schwerverkehrsabgaben (SVA): Italien beurteilte erfolgte Revision der SVA-VO als sehr positiven Schritt. MAE wird für Koordination unter interessierten Ministerien sorgen. Sollten Gegenmassnahmen erwogen werden, wird man sich vorher bilateral konsultieren.

Strassenverkehrsabgaben: Die Einführung dieser Abgaben auf den 1. Januar, namentlich der Schwerverkehrsabgabe, werden im Ausland, wie Ihr aus der Presse wisst, erheblich Staub auf.

Bundesrat hat am 3. Dezember Ansätze Schwerverkehrsabgabe für Ausländer geändert, um jegliche Vorwürfe der Diskriminierung zu vermeiden.

Bundesamt für Verkehr wird in Frage kommende Transportministerien wie bisher über Schwerverkehrsabgabe direkt informieren. Betreffende Botschaften

werden Kopie erhalten. Falls sich in andern Ländern Probleme ergeben, bitte rückfragen.

Zu Eurer Information: Bundesrat behält sich bei (diskriminatorischen) Retorsionsmassnahmen Gegenmassnahmen vor. Entscheid wird im Einzelfall nach Würdigung aller Umstände festgelegt.

Le 10 décembre se sont tenus à Bruxelles les Comités mixtes Suisse-CEE/CECA:

Relations économiques internationales: délégation suisse exprimé déception que CEE et Etats-Unis n'aient pas participé entièrement à mesures rétablissement confiance établies au sein OCDE.

Fonctionnement de l'accord de libre-échange: satisfaisant. Côté suisse rappelé principe non-discrimination qui doit présider période transitoire après adhésion Espagne et Portugal à CE. Entretiens entre experts devront aboutir à solution problèmes restants dans trafic perfectionnement passif CE pour produits textiles suisses. Côté CE a été réaffirmé redevances routières suisses contraires à esprit accord de libre-échange et à déclaration Luxembourg avec risque nouvel obstacle aux frontières. Problème discrimination n'a plus été avancé.

Comité mixte Suisse-CECA, côté CE soulevé problèmes résultant forte augmentation exportations suisses de certains produits sensibles sur certains marchés CECA, ceci aux yeux CE en liaison avec niveau bas prix pratiqués. Côté suisse rappelé qu'accord libre-échange ne contient pas de règle de prix. Prix de base CECA n'ont jamais été reconnus par Suisse.

Nächster Wochentelex: wegen Feiertage fällt er 24.12 und 31.12. aus.  
Erscheint 7.1.1985.

Muheim.

1.A.22.14.7.3. - BIC/sm

Interne Verteilerliste

Betrifft:

WOCHENTELEX

51/84

Vertraulich

Bundesrat Aubert		CFA
Sekretäre Chef EDA	Herr Jaccard Herr Erard	JL ER
Politischer Direktor	Botschafter Brunner	BRE
Chef Sekretariat pol. Direktor	Herr Lorétan	LR
Koordination und Planung	Herr Schaller	SRU
Sekretariat pol. Direktor	Frl. Chollet	W 156
Rechtsberater	Botschafter Monnier	MX
Protokoll	Botschafter Manz Herr Barbey	MA BAC
Politisches Sekretariat	Botschafter Ritter Herr Wyss	RR WS
Politischer Dokumentationsdienst	Herr Schmalz	SZ
Kanzlei politisches Sekretariat		W 338
Politische Sonderfragen	Minister von Arx	AX
Finanz- und Wirtschaftsdienst	Minister Faillettaz Herr Faivet	FA FB
Politische Direktion		
Politische Abteilung I	Botschafter Pianca Herr Fetscherin Herr Faessler Herr de Dardel	PIA FN FCH DJ
Politische Abteilung II	Botschafter Wipfli Herr Boillat Herr Strauch	WIP BA STH
Sektion für konsularischen Schutz	Herr Wyttenbach	WH
Auslandschweizerangelegenheiten	Minister Leippert	LT
Fremde Interessen	Herr Ghisler Kanzlei	GH Ei 101
Direktion für internat. Organisat.	Botschafter Muheim Minister Uhl Minister Staehelin	MF UL ?
Sektion Vereinte Nationen und internat. Organisationen	Herr von Graffenried	GV



- 2 -

Sektion internationale wissenschaftliche Angelegenheiten	Herr Creola	CRE
Sektion für kulturelle und UNESCO-Angelegenheiten	Herr Luciri	LC
Sekretariat der nationalen schweiz. UNESCO-Kommission	Herr Theurillat	TB
Information über UNO-Angelegenheiten	Herr Bucher	BUJ
Direktion für Völkerrecht	Botschafter Krafft Minister Stettler Minister Reimann	KT STR REI
Sektion Völkerrecht	Herr Imhof	IH
Sektion Entschädigungsabkommen	Frau Pauli	PS
Sektion Staatsverträge	Herr Rubin	RC
Sektion Landesgrenze und Nachbarrecht	Herr Dubois	DS
Sektion Verkehr	Herr Hulliger	HG
Seeschiffahrtsamt Basel	Direktor Hulliger	Basel
Generalsekretariat	Botschafter Glesti Herr Indermühle Herr Baumgartner	GLS IND BAG
Sektion Rekrutierung und Ausbildung des Personals	Herr Bodenmüller	BOD
Personalsektion	Herr Kaiser/Herr Reich	KA/RE
Sektion Bezüge und Zulagen	Herr Killias	KC
Verwaltungsinspektorat und konsularische Angelegenheiten	Herr Sunier	SQ
Kuriersektion	Herr Scheurer	SR
Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe	Botschafter Staehelin	SFR
Stellvertretender Direktor	Herr Wilhelm	WM
Delegierter für Katastrophenhilfe im Ausland	Herr Blaser	BL
Vizedirektor	Herr Giovannini	GI
Vizedirektor	Herr Högger	HL
Informationsdienst	Herr Leuzinger	LP
Multilaterale Angelegenheiten	Herr	
Sektion Internationale Hilfswerke	Herr von Muralt	MD
Integrationsbüro EDA/EVD	Minister Kellenberger	Ke

1 Ex. Délégation suisse près l'AELE, 1 Ex. Mission permanente, Genève  
 35 Ex. BAWI, Büro 81, Bundeshaus Ost (vom Wochentelex nur 26 Ex.)

(vom Wochentelex 1 Ex. an Raymond Probst, a. Staatssekretär,  
 Brunnadernstr. 76, 3006 Bern)

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT FUER  
AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN

Bern, den 17. Dezember 1984

Informations- und Pressedienst

1.A.22.14.7.3. - BIC/sm

Sa 18. Dez. 84 14

V E R S A N D L I S T E

Betrifft:

WOCHENTELEX

51/84

Vertraulich

DIPLOMATISCHE VERTRETUNGEN

Abidjan		New York / UNO
Abu Dhabi	Dublin	Oslo
Addis Abeba	Guatemala	Ottawa
Akkra	Hanoi	Panama
Algier	Harare	Panmunjom
Amman	Havanna	Paris
Ankara	Helsinki	Paris / OECD
Asuncion	Islamabad	Paris / UNESCO
Athen	Jakarta	Prag
Bagdad	Kairo	Pretoria
Bangkok	Khartoum	Quito
Beijing	Kigali	Rabat
Beirut	Kinshasa	Riad
Belgrad	Kopenhagen	Rom
Berlin DDR	Kuala Lumpur	San José
Bogota	Kuwait	Santiago de Chile
Bonn	Lagos	Singapur
Brasilia	La Paz	Sofia
Brüssel	Lima	Stockholm
Brüssel / Mission	Lissabon	Strassburg / Europarat
Budapest	London	Söul
Buenos Aires	Luanda	Tananarive
Bukarest	Luxembourg	Teheran + Fremde Inter.
Canberra	Madrid	Tel-Aviv
Caracas	Manila	Tokio
Colombo	Maputo	Tripolis
Conakry	Mexico	Tunis
Dakar	Monrovia	Warschau
Damaskus	Montevideo	Washington
Dar es Salaam	Moskau	Wellington
Den Haag	Nairobi	Wien
Dhaka	New Delhi	Yaoundé

GENERALKONSULATE:

Hong Kong  
Mailand  
München  
New York  
Frankfurt

Genf / IO

97 Vertretungen  
+ 5 Generalkonsulate

102 total

=====

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT FUER  
AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN  
Informations- und Pressedienst

Bern, den 17. Dezember 1984  
VERTRAULICH

i.A.22.14.7.3. - BIC/sm

T E L E G R A M M (CH)

**Wochentelex 51/84**

a) an die diplomatischen Vertretungen in:

- Ankara	- Helsinki	- Oslo
- Bagdad	- Jakarta	- Paris (auch OECD)
- Bangkok	- Kairo	- Peking
- <del>Budapest</del>	- Lagos	- Prag
- Brasilia	- Lissabon	- Pretoria
- Brüssel	- London	- Rabat
(Botschaft + Mission)	- Luxemburg	- Rom
- Buenos Aires	- Madrid	- Santiago
- Canberra	- Mexiko	- Stockholm
- Caracas	- Moskau	- Teheran
- Dar es Salaam	- Nairobi	- Tel Aviv
- Den Haag	- New Delhi	- Tokio
- Djeddah	- New York/Swissobser	- Warschau
- Dublin	- Ottawa	- Washington
		- Wien

b) mit Kurier an alle übrigen diplomatischen Vertretungen sowie an die Generalkonsulate Hong Kong, New York, Mailand, München und auch an die Delegation in Panmunjom.

c) an die Direktionen, Abteilungen und Dienste der Zentrale zur Information.

d) an das Bundesamt für Aussenwirtschaft (BAWI) und das Integrationsbüro des EDA/EVD.